

A portrait of Bärbel Bas, a woman with blonde hair, wearing a dark blue quilted jacket over a light pink shirt. She is smiling and looking towards the camera. The background is a blurred indoor setting. A vertical text credit 'Foto: photothek' is visible on the right side of the image.

BASis Info 6/2020

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Liebe Leserin, lieber Leser,

hinter uns liegt ein Wahlabend mit Licht und Schatten. In Duisburg haben wir 32 Ratsmandate direkt gewonnen. Wir bleiben damit die stärkste politische Kraft in unserer Stadt. Insgesamt haben wir besser abgeschnitten als in vielen Umfragen vorhergesagt. Im Vergleich zur Europawahl 2019 haben wir unser Ergebnis in NRW verbessert. Wir sind aber hinter den Kommunalwahlergebnissen von 2014 zurückbleiben. Das schmerzt.

Gut ist, dass die Menschen in der Krise auf verlässliche, demokratische Parteien setzen, die konkrete Lösungen für politische Probleme vorweisen können und damit unsere Gesellschaft zusammenhalten. Dafür spricht, dass die AfD im Vergleich zur Europawahl Stimmen verloren hat. Aber - auch hier gibt es Licht und Schatten - eine Wahlbeteiligung von unter 40 Prozent kann uns nicht zufriedenstellen und die teils hohen AfD-Ergebnisse in einzelnen Stimmbezirken sind besorgniserregend.

Gleichzeitig mit der Kommunalwahl gingen auch die Bilder über den Brand im Flüchtlingslager Moria um die Welt. Ich kann es nicht anders sagen: Die Bilder aus Moria sind beschämend. In ganz

Deutschland haben zahlreiche Städte und Gemeinden ihre Bereitschaft erklärt, Schutzsuchende aufzunehmen. Es ist beschämend, dass dies Bundesinnenminister Horst Seehofer viel zu lange blockiert hat.

Sofort nach dem Brand hat die SPD den Bundesinnenminister aufgefordert, die Aufnahme von Geflüchteten nicht weiter zu blockieren. Letzte Woche hat das Bundeskabinett auf unseren Druck hin beschlossen, zusätzlich zu den bereits angekündigten 150 unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden weitere 1553 Menschen aufzunehmen. Das ist ein wichtiges Zeichen.

Ich freue mich, dass der Rat der Stadt Duisburg diese Woche in einem Antrag genau diesen Kurs unterstützt und sich zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit erklärt hat. Viele Menschen in Duisburg und in ganz Deutschland sind bereit zu helfen.

Gleichzeitig müssen wir aber auch ein gerechtes europäisches Asylsystem aufbauen. Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch, Ihr findet sie unter <https://bit.ly/2RJCLLL>.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas



Krankenhauszukunftsgesetz

Digitalisierung der Krankenhäuser

Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz sorgen wir dafür, dass Patientinnen und Patienten in Deutschland auch in Zukunft von der hohen Versorgungs- und Pflegequalität in deutschen Kliniken profitieren können.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine qualitativ hochwertige und moderne Gesundheitsversorgung in den Krankenhäusern ist. Den für die Zukunft nötigen Investitionsschub in die digitale Infrastruktur gehen wir jetzt an - für eine gute Versorgung und mehr Sicherheit der Patientinnen und Patienten.

Über 4 Milliarden Euro für die Kliniken

Wir unterstützen die Kliniken bei notwendigen Investitionen in moderne Notfallkapazitäten, in eine digitale Infrastruktur und in eine bessere Versorgung der Patientinnen und Patienten. Hierfür stellen wir 3 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt bereit. Die Länder und Krankenträger sollen diese Mittel um weitere 1,3 Milliarden Euro aufstocken. Insgesamt steht somit ein Fördervolumen von bis zu 4,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag für eine leistungsfähige Krankenhausstruktur – im Normalbetrieb genauso wie in Krisenzeiten.

Was wird gefördert?

Wir verbessern insbesondere die Patientensicherheit durch die Schaffung einer modernen und sicheren digitalen Infrastruktur mit Patientenportalen, elektronischer Pflege- und Behandlungsdoku-

mentation, einem digitalen Medikationsmanagement, Maßnahmen zur IT-Sicherheit sowie sektorenübergreifenden telemedizinischen Netzwerkstrukturen. Auch das erforderliche Personal kann finanziert werden.

Unterstützung für Eltern und Angehörige

Für Eltern und pflegende Angehörige sind Beruf und Familie in Corona-Zeiten noch schwieriger zu vereinbaren als sonst. Wir sorgen mit dem Krankenhauszukunftsgesetz weiter für zusätzliche Unterstützung. Eltern sollen ihre erkrankten Kinder zuverlässig betreuen können. Deshalb gibt es mehr Kinderkrankengeldtage in diesem Jahr: 15 Tage für Verheiratete, 30 Tage für Alleinerziehende.

Auch diejenigen, die nun Angehörige pflegen müssen, hat die SPD-Fraktion im Blick: Bis zum Ende des Jahres werden verschiedene Hilfen des Schuttschirms für die Pflege über den 30. September hinaus verlängert. So kann beispielsweise das Pflegeunterstützungsgeld weiterhin bis zu 20 Arbeitstage in Anspruch genommen werden.

Prämie für Pflegekräfte

Nicht zuletzt flankieren wir mit dem Gesetz die Vereinbarung zwischen Deutscher Krankenhausgesellschaft und den Krankenkassen, so dass nun auch Beschäftigte in besonders belasteten Krankenhäusern eine Prämie als Anerkennung für ihre Leistungen bei der Bewältigung der Krise erhalten können. Dafür werden insgesamt 100 Millionen Euro bereitgestellt. Wichtig ist, dass diesmal auch die private Krankenversicherung von Anfang an in die Finanzierung eingebunden ist.



Schnelles Internet für Duisburg

Mit 32.402.484,00 Euro fördern der Bund und das Land NRW den Breitbandausbau in Duisburg. 4.660 Haushalte, 1.502 Unternehmen und 89 Schulen erhalten nun einen schnellen Internetanschluss mit mindestens 50 Mbit/s Bandbreite.

Schnelles Internet ist mittlerweile aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Es ist eine gute Nachricht, dass viele Haushalte und Unternehmen

jetzt angeschlossen werden können. Insbesondere für die Schulen ist eine gute Anbindung an das Internet eine grundlegende Voraussetzung für die - wie wir gerade in der Corona-Pandemie sehen - notwendige digitale Bildung.

Um Lücken in Duisburg zu schließen, fördern Bund und Land den Aufbau von 882 Kilometer Glasfaserkabel mit jeweils 16.201.242,00 Euro.

Über 130 Millionen Euro für Duisburger Unternehmen

Mit dem KfW-Sonderprogramm 2020 aus dem „Schutzschirm für Deutschland“ sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen unterstützt werden. Für Duisburger Unternehmen wurden bisher rund 250 Kreditanträge mit einem Gesamtvolumen von über 130 Millionen Euro positiv entschieden. Damit helfen wir unseren Unternehmen, durch die Krise zu kommen um so die Wirtschafts-

kraft und die Arbeitsplätze in Duisburg zu erhalten.

Mit dem KfW-Schnellkredit 2020 können kleine und mittlere Unternehmen durch Darlehen in Höhe von drei Monatsumsätzen bis zu einem Höchstbetrag von 800.000 Euro und 100 Prozent Haftungsfreistellung für den Finanzierungspartner mit einer raschen Liquiditätshilfe unterstützt werden.

Wir entlasten die Kommunen

Allein in diesem Jahr haben die Kommunen wegen der Corona-Krise rund 12 Milliarden Euro weniger Gewerbesteuer eingenommen. Diese Einbußen wollen wir gemeinsam mit den Ländern ausgleichen - damit die Städte und Gemeinden ihre Aufgaben auch in Zukunft stemmen können, die Wirtschaft wieder in Schwung kommt und gute Arbeit und hohe Lebensqualität gesichert ist. Zusätzlich übernimmt der Bund auf unser Drängen hin einen höheren Anteil an den Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung. Sie belasten Kommunen gerade in Ballungsgebieten. Das sind nochmal 4 Milliarden Euro – dauerhaft, jedes Jahr. Das haben wir letzte Woche im Bundestag beschlossen. Die Stadt Duisburg profitiert davon mit 42,7 Millionen Euro.

Was jetzt noch fehlt: Wir wollen die Kommunen auch von ihren Altschulden entlasten. Das würde gerade auch Duisburg helfen. CDU und CSU blockieren das bisher. Wir bleiben dran!





Mein Tagebuch

Letzte Woche war der Internationale Tag der Demokratie. Und nicht nur an diesem Tag gilt: Wir müssen immer wieder für unsere Demokratie eintreten. Dies gilt jetzt ganz besonders, in einer Zeit, in der rechte Populisten und Extremisten versuchen, unsere freiheitlich-demokratischen Werte zu missbrauchen.

Diese Woche habe ich auf Twitter den Bericht einer Journalistin gelesen. Sie hat ein Antirassismustraining der Polizei besucht. Sie berichtete, dass es vor allem darum ging, Rassismus zu erkennen und diesem entgegenzutreten. Das Ziel müsse sein, kein Umfeld zuzulassen, in dem Rassismus oder Extremismus mächtig werden kann.

Genau darum geht es: Rechte Populisten und Extre-

misten dürfen kein unterstützendes Umfeld bekommen. Wer aber kein Problem damit hat, dass er mit denen demonstriert, die zum Sturm auf unser Parlamentsgebäude und auf unsere Demokratie aufrufen, der schafft genau dieses Umfeld. Das müssen wir verhindern.

Demokratie bedeutet Verantwortung. Wir alle haben diese Verantwortung. Wir müssen klar machen: Es gibt keinen Platz für Hetze, Hass und schon gar nicht für Gewalt in politischen Debatten. Nur so schaffen wir ein friedliches und respektvolles Miteinander - auch wenn wir unterschiedliche politische Vorstellungen haben.

Bis zum nächsten Mal,
ich freu mich drauf!



Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:
<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>

Neues zum Schluss